



WESERSPIEGEL

Mitteilungen der Deutschen kommunistischen Partei Minden

Ausgabe Mai 2014

Protest lohnt sich!

Die Elternbeiträge für die Ganztagsbetreuung in den Grundschulen werden deutlich steigen. Wenn auch nach massiven Protesten der Eltern nicht so stark wie ursprünglich geplant.

Für die Kurzzeitbetreuung müssen künftig 35 statt bisher 25 Euro gezahlt werden, für die längere Betreuung 70 statt wie bisher 50 Euro. Für Geschwisterkinder wird die Hälfte erlassen, jedes weitere Kind ist von der Zahlung befreit. Allerdings gilt diese Regelung nur vorläufig. Und auch die Ferienbetreuung wird teurer.

Für die allermeisten Familieneinkommen ist die beschlossene, niedrigere Erhöhung immer noch zu viel. Der massive Protest der Eltern war die einzig richtige Antwort. Ca. 3000 Unterschriften wurden in kürzester Zeit gesammelt. Diese Elternproteste

konnten so zumindest einen Teilerfolg erringen.

Ausgenommen von den Elternbeiträgen sind u.a. Bezieher von ALG II, von Grundsicherung und von Wohngeld. In Minden sind Niedriglöhne verbreitet und es arbeiten besonders viele Frauen in Teilzeit. So schlagen auch diese Erhöhungen spürbare Brechen ins Familienbudget.

Keine Lohnerhöhung hält Schritt mit dem Steigen von Mieten, Energiekosten und nun diesen Verteuerungen. Ganz im Gegenteil: die Reallöhne sind heute sogar um ein Prozent niedriger als im Jahr 2000.

Der Knebel

Die Erhöhung der Elternbeiträge ist dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ des Landes NRW geschuldet. Die

notleidende Stadt Minden erhält bis 2019 vom Land etliche Millionen Euro Zuschuss zum Haushaltsausgleich und zum Abbau ihrer teuren Kassenkredite. Doch dafür muss sie im Gegenzug jahrelang ihre Ausgaben in Millionenhöhe kürzen. Schon 2016 soll Minden keine neuen Schulden mehr machen dürfen. Schlecht für eine klamme Stadt, die dann ihren sozialen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann.

Eltern & Beschäftigte gemeinsam

Gebraucht wird eine Lösung, die im Sinne der Beschäftigten im Ganztags ist. Sie haben ein Anrecht auf tarifvertragliche Bezahlung und müssen weg von ihrer verbreiteten prekären Beschäftigung. Zugleich haben die Eltern den berechtigten Wunsch nach einer guten Ganztagsbetreuung als Bestandteil des Bildungssystems.

Diese Lösung gibt es nur, wenn die Kommunen endlich genug Geld erhalten. Solange das nicht der Fall ist, werden Beschäftigte und Eltern gegeneinander ausgespielt.

Zwischen diesen Fronten sahen sich die Stadtverordneten der „Linken“. Sie stimmten der verringerten Erhöhung zu und brachten den Antrag einer Staffelung der Elternbeiträge nach Einkommen ein. Das soll nun bei der Suche nach einer längerfristigen Lösung geprüft werden.

Die DKP hat eine grundsätzliche Haltung zu Gebührenerhöhungen für die öffentliche Daseinsvorsorge: Wir lehnen sie prinzipiell ab.

Denn mit ihnen werden nur die Finanzlöcher gefüllt, die durch ein Steuersystem zu Gunsten der Superreichen und der Unternehmen geschaffen werden.

Einige Grundschulen mit Ganztagsbetreuung



Bild oben:
Grundschule
Mosaikschule

Bild links:
Grundschule
Hohenstaufenschule

Kommunalwahl 25. Mai

Wenn in Berlin oder in Düsseldorf Steuergeschenke an die Reichen, an Konzerne und Banken verteilt werden, fehlt letztlich in den Kommunen das Geld. Denn hier wird der Großteil der öffentlichen Daseinsvorsorge geleistet. Oder eben auch nicht, weil einfach kein Geld mehr da ist.

Die Legende vom Sachzwang

Was in der Kommune gerne „Sachzwang“ genannt wird, sind die Folgen politischer Entscheidungen. Parteien wie CDU, FDP, Grüne und auch lokale Wahlvereinigungen wie MI oder BBM schließen davor die Augen.

Aus der Mindener SPD hören wir zumindest von Bürgermeister Buhre manchmal kritische Worte über die ungerechte Verteilung des Reichtums. Meistens auf internen SPD-Veranstaltungen. Doch Taten für Veränderung vermissen wir. Bei der Bildung lokaler Bündnisse für eine andere Politik wie dem Bündnis UmFAIRteilen fehlt die Mindener SPD. Letztlich wird auf eine wirkungsvolle Opposition gegen die Politik der Reichtumpflege verzichtet.

Auf der Liste des BBM kandidiert D. Pelick, obgleich er sich bisher nicht öffentlich von seinen rechtslastigen fremdenfeindlichen Überzeugungen als ehemaliges Mitglied der Republikaner distanziert hat.

Auch die AfD will Mandate erobern. Auf Bundesebene stehen an ihrer Spitze Befürworter des Sozial- und Demokratieabbaus. Vor Ort setzen sie sich z. B. für die Beibehaltung der Rente mit 67 ein. Ihr politisches Programm ist nach Rechts offen. Der Vorsitzende der hiesigen Kreisvereinigung hat als Strafverteidiger eines aktiven jungen Faschisten dessen Taten bemerkenswert auffällig verharmlost.

Was heute zählt

Aus Sicht der Mitglieder der DKP bedeutet linke Kommunalpolitik, die sogenannten Sachzwänge, die Verarmung der Städte und Gemeinden nicht einfach hinzunehmen, sondern aktiv für eine andere Politik einzutreten. Das heißt, alle Versuche abzuwehren, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes oder erwerbstätige und erwerbslose Einwohner zur Kasse zu bitten. Das bedeutet, für ein

gläsernes Rathaus zu sorgen, soziale Themen aufzugreifen und Widerstand gegen unsoziale Politik aktiv zu unterstützen. Allen Formen von Fremdenfeindlichkeit ist entschieden entgegenzutreten.

Die Partei „Die Linke“ kommt von allen kandidierenden Parteien diesen Vorstellungen am nächsten - trotz einer aus unserer Sicht unzulänglichen Öffentlichkeitsarbeit und manchmal fragwürdiger Schwerpunktsetzung. Doch die Ratsvertreter der Partei „Die Linke“ haben eine ganze Reihe sinnvoller Anträge gestellt und im Falle der Wesertorgalerie den ECE-Filz aufgedeckt.

„Die Linke“ wählen!

Für die Partei „Die Linke“ spricht, dass sie auf Bundesebene Alternativen zur Politik der Reichtumpflege vertritt, die viel Übereinstimmung mit den Forderungen der DKP aufweisen. Das unterscheidet sie grundsätzlich von allen anderen kandidierenden Parteien und Gruppierungen.

Daher empfiehlt die DKP Minden, am 25. Mai den Kandidatinnen und Kandidaten der Partei „Die Linke“ bei den Wahlen zum Stadtrat und zum Kreistag die Stimme zu geben

Minden gehört uns — nicht den Banken!
Forderungen der DKP für Minden
www.dkp-minden.de

Mogelpackung Rente

Die Mütterrente und die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren für langjährig Versicherte werden als die großen Wohltaten der Großen Koalition gehandelt.

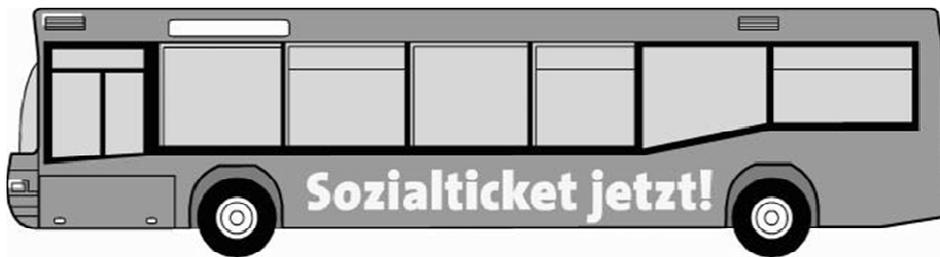
Für die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren müssen 45 Beitragsjahre nachgewiesen werden. Wer Arbeitslosenhilfe oder Hartz IV bezogen hat, geht leer aus. Die Regelung gilt nur für den halben Jahrgang 1951 und für den ganzen Jahrgang 1952. Danach wird das Eintrittsalter schrittweise auf 65 hochgesetzt. Damit werden nur Wenige

von dieser Regelung profitieren.

Die Mütterrente müsste aus Steuermitteln finanziert werden, denn Kindererziehung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Doch stattdessen wird die Rentenkasse geplündert. So finanziert die Verkäuferin die Mütterrente der Arztgattin.

Wer Altersarmut verhindern will, muss das Rentenniveau erhöhen und die Kürzungsfaktoren aus der Rentenberechnung entfernen. Die Löhne und die Rentenbeiträge der Arbeitgeber müssen erhöht werden.





Ein Sozialticket für Minden oder am besten für den gesamten Kreis Minden-Lübbecke ist möglich. Die Mittel dafür stehen im Haushalt des Landes NRW zur Verfügung. Viele Städte und Kreise nutzen es. Aber Minden und Minden-Lübbecke gehören zu den weißen Flecken auf der Landkarte.

Landesmittel nicht abgerufen

So wurden im vergangenen Jahr 7,5 Millionen Euro der dafür bereit gestellten Landesmittel nicht genutzt. Keiner kann behaupten, der öffentliche Personennahverkehr sei hier billig und ein Sozialticket überflüssig. Im Hartz-IV-Regelsatz sind für einen Erwachsenen monatlich ganze

24,62 Euro für die Mobilität eingeplant.

Für ein Sozialticket berechtigt sind nach der Richtlinie alle Personen, die Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, Leistungen für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder laufende Leistungen nach der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz beziehen. Der Kreis kann von den Kommunen erweitert werden, z.B. auf Wohngeldempfänger.

Die Kommunen müssten nur die Berechtigungen ausstellen. Ein Minden-Pass, mit dem auch andere

Vergünstigungen ermöglicht werden, wäre die einfachste Lösung.

Darüber hinaus wird es Zeit für ein flächendeckendes Sozialticket in OWL!

Das Bielefelder Bündnis für ein Sozialticket sagt zu Recht: Mobilität und wirkliche Teilhabe am sozialen Leben darf für Menschen, die auf ein soziales Netz und entsprechende Grundsicherung angewiesen sind, auch in OWL nicht an Orts- oder Kreisgrenze ein Ende finden.

Positive Erfahrungen

In Bielefeld wurde das Sozialticket im Jahr 2011 eingeführt. Seitdem wird der öffentliche Personennahverkehr deutlich mehr genutzt. Die Spirale von sinkenden Fahrgastzahlen, ausgedünnten Linien und noch schlechteren Verbindungen könnte damit bei uns unterbrochen werden.

Das Sozialticket wäre ein kleiner erster Schritt hin zu einer grundsätzlichen Lösung für den Nahverkehrs: Kostenfreiheit.



Foto: Ostermarsch Ostwestfalen-Lippe am 19. April in Paderborn-Sennelager. Gefordert wurde die Beendigung aller NATO- und EU-Kriege, ein ziviles und soziales Europa und Schluss mit Kriegsübungen in der Senne. Zur Ukraine unterstützten die Teilnehmenden den Aufruf der Friedensbewegung "Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation". Darin heißt es: „Die Friedensbewegung setzt auf gemeinsame Sicherheit. (...) Mit der Osterweiterung der EU und Ausdehnung der NATO bis nahe an die Grenzen Russlands sieht sich Moskau zu recht politisch und militärisch in die Enge getrieben. Die Ukraine darf nicht zum Bollwerk gegen Russland ausgebaut werden, sondern sollte eine Vermittlerrolle in der Region einnehmen. Sanktionen gegen Russland sind das falsche Signal und müssen aufgehoben werden.“

25. Mai: EU - Wahl

Merkel & Co stellen das Lohndumping in Deutschland und den anderen europäischen Kernländern und die Spardiktate für die Volkswirtschaften des Südens als alternativlose Politik dar. Sie werden von den hiesigen Medien darin unterstützt.

Rechtspopulistische Parteien sowie Parteien der extremen Rechten machen EU und Euro neben den Einwanderern als die Feinde aus, gegen die die »nationalen Interessen« verteidigt werden müssten.

Doch in allen Ländern Europas profitieren von der jetzigen Politik die Reichen und die Banken. Das gilt für Deutschland ebenso wie für Griechenland und Spanien.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird überall größer. Spitzenreiter ist dabei Deutschland.

Die Konservativen, die extremen Rechten und die Sozialdemokratie unterstützen auf EU-Ebene diesen Kurs.

In unserem Land und grenzüberschreitend heißt es aktiv einzutreten für soziale und demokratische Rechte, für ein Europa des Friedens, der Abrüstung und ohne Atomwaffen. Dafür steht die DKP.

Deshalb sagt die DKP: NEIN zum Europa der Banken und Konzerne – JA zum gemeinsamen Widerstand!

DKP



Griff in die Sozialkassen

Finanzminister Schäuble will im kommenden Jahr keine Schulden mehr machen. Dafür bedient er sich aus den Sozialkassen.

Die Rentenreform wird aus der Rentenkasse bezahlt. Der Bundeszuschuss für die Krankenkassen wird um rund sechs Milliarden gekürzt. Damit wurde unter anderem die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern finanziert. Nun werden auf die Versicherten höhere Beiträge zukommen. Die Beiträge der Arbeitgeber aber bleiben eingefroren.

Für die versprochene Kindergelderhöhung waren die 425 Millionen Euro nicht da. Nur Eltern mit hohem Einkommen können sich über einen höheren Steuerfreibetrag für ihre Kinder freuen.

Dagegen hatte Schäuble keine Einwände gegen die saftige Diätenerhöhung für die Abgeordneten des Bundestages.

Steuererhöhungen für die Reichen schließt diese Große Koalition grundsätzlich aus. Damit wird die Infrastruktur, werden die Straßen und Brücken weiter verfallen und die Kommunen weiterhin viel zu wenig Geld für ihre Aufgaben haben.

Großmachtpolitik - teuer und gefährlich

Die Tinte unter dem Koalitionsvertrag war kaum trocken, da verkündeten von der Leyen, Gauck und Siegmund Gabriel wie aus einem Munde, dass Deutschland nun „mehr Verantwortung“ tragen müsse. Und prompt wurden in kurzer Zeit neue Auslandseinsätze der Bundeswehr beschlossen: Im Mittelmeer, in Somalia und in der Zentralafrikanischen Republik.

An eine Kürzung des Rüstungsetats von 35 Milliarden Euro im Jahr 2013 wird nicht gedacht. Im Gegenteil:



Auf der Wunschliste stehen nun Drohnen, die modernen Tötungsmaschinen. Und in der EU drängt die Bundesregierung auf eine Stärkung der Rüstungsindustrie.

Wenn es wirtschaftlich wieder schlechter geht, wird diese Große Koalition nicht zögern, mit neuen drastischen Einschnitten für die Bevölkerung zu antworten.

Mogelpackung Mindestlohn

Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes war kaum noch aufzuhalten. Zu groß war die Zustimmung in der Bevölkerung geworden. Die SPD brauchte zudem einen Köder für ihre Mitglieder, damit sie der Großen Koalition zustimmen.

5,2 Millionen Beschäftigte bekommen einen Stundenlohn, der unter 8,50 Euro liegt. Doch der Mindestlohn soll flächendeckend erst ab 1.

Januar 2015 in Kraft treten. Bis Ende 2016 dürfen alle tarifvertraglichen Regelungen unter 8,50 Euro weiter gelten. Zudem soll es eine Reihe von Ausnahmen geben. Für Auszubildende, Praktikanten, Rentner, junge Menschen unter 18 Jahren. Und die Zeitungszusteller sollen davon ausgenommen werden.

Dieser gesetzliche Mindestlohn ist durchlöchert wie ein Schweizer Käse.

Von 8,50 Euro kann heute niemand mehr leben. Hunderttausende werden weiterhin auf Zuschüsse nach Hartz IV angewiesen sein.

So kann dieser Mindestlohn nur ein erster Etappensieg sein.

Die nächsten Forderungen lauten: Keine Ausnahmeregelungen! Erhöhung auf mindestens 10 Euro die Stunde!



dkp-minden.de

UZ-PRESSEFEST VOLKSFEST der DKP

27.-29. Juni 2014

Dortmund
Revierpark
Wischlingen

Das größte
Volksfest
der Linken!

